

Proteste und Gentrifizierung in Leipzig-Connewitz

Von Leonie Schmidt, REVOLUTION und ArbeiterInnenmacht

Seit

einigen Jahren boomt Leipzig, viele Menschen ziehen in die sächsische Stadt. Das schlägt sich natürlich auch auf dem Wohnungsmarkt nieder. Allerdings nicht nur in den sowieso schon teuren Gegenden, sondern mittlerweile auch in alternativen Stadtvierteln wie Plagwitz oder auch im Szeneviertel Connewitz, welches schon seit den 1990ern für seine linken Freiräume bekannt ist. Während die Häuser hier vorerst unangetastet blieben, kam es in den letzten Jahren zu Mieterhöhungen, Renovierungen und Neubauten. Wirklich günstig kann man mittlerweile hier auch nur noch leben, wenn man einen 15 Jahre alten Mietvertrag hat.

Aktuell

gibt es gleich mehrere Projekte für Luxusbauten, wie beispielsweise drei in der Wolfgang-Heinze-Straße, welche die Mietpreise in die Höhe treiben und Menschen aus dem Kiez verdrängen. Andere sind ebenfalls schon fertig gestellt wie die Studierendenapartments am Connewitzer Kreuz, in welcher ein 19 m² kleines Apartment mal eben 525 Euro kosten kann oder die Neubauten neben dem „Werk 2“, für die die alten Hausbestände abgerissen und die alten Anwohner_Innen verdrängt wurden. Auch eine Nebenkostenabrechnung wird mal schnell um 100 Euro in die Höhe getrieben, um Mieter_Innen noch mehr auszusaugen. Anwohner_Innen wie geringfügig Verdienende, Arbeiter_Innen, Sozialleistungen Beziehende, Azubis und Studierende, welche nicht von den Eltern finanziert werden, können sich solche Wohnungen bereits jetzt kaum leisten. Zwischen 2012 und 2016 stiegen die Mietpreise um 21 %, 2017 gar um 10 %, 2018 pendelten sie sich wieder auf „moderate“ 5,5 % ein. Zukünftig werden sie sich wohl immer weniger ihre Wohnungen leisten können, zumal viele mit

stagnierenden Löhnen und Unterstützungen zurecht kommen müssen, die schon jetzt nicht zum Leben reichen. Zusätzlicher Stress ist gegeben durch den Zwang umzuziehen und etwaige polizeiliche, alles andere als friedliche Räumungen.

In

Connewitz regt sich hiergegen Protest und so gibt es einige Ansätze die sich gegen die Verdrängung richten. Zum einen gibt es die Vernetzung Süd, welche es sich zum Ziel gemacht hat, Mieter_Innen an einen Tisch zu bringen und durch Kundgebung und Demos eine Veränderung zu bewirken. Sie fordert durchaus Schritte zur Vergesellschaftung, die sie taktisch durch den Mieter_Innenverein bewirken will, welcher sich politisch mehr engagieren soll.

Auf

der anderen Seite gibt es autonome Proteste, welche in den letzten Monaten Schlagzeilen machten und auch im Fernsehen landeten, da erstmalig im Leipziger Kontext nicht nur Bagger brannten, sondern auch eine führende Mitarbeiterin einer für einen Neubau verantwortlichen Immobilienfirma zusammengeschlagen wurde.

Das

ging für die Behörden zu weit. Die SOKO Linx gegen Linksextremismus wurde gegründet und ein 100.000 Euro hohes Kopfgeld auf die Täter_Innen ausgesetzt. Der Staat ruft also eine Hexenjagd aus. Indem er die öffentliche Entsolidarisierung bezahlt, werden zeitgleich vermehrte Polizeikontrollen und Streifen im Leipziger Stadtteil gerechtfertigt. Das eigentliche Probleme, die Verdrängung tausender Mieter_Innen, die vor allem die ärmeren Schichten der Arbeiter_Innenklasse trifft, darunter viele Renter_Innen, Alleinerziehende, Frauen, MigrantInnen rückt zugleich in den Hintergrund. Die Immobilienwirtschaft, Bauunternehmen und die Wohnungsspekulant_Innen inszenieren sich als Opfer und nutzen die Chance, nicht nur von ihren Profitinteressen abzulenken, sondern auch, um alle Mietproteste mal unter eine Art „Generalverdacht“ zu stellen, alles kaputt machen zu wollen.

Diese

Kriminalisierungsversuche aller, die sich gegen die Verdrängung wehren, lehnen wir ab. Wir fordern die Auflösung der SOKO Linx, der Bespitzelung der Szene und der Polizeikontrollen. Nicht brennende Bagger und aus Wut und Empörung erwachsende individuelle, politisch falsche Aktionen, sondern die Profithaie in der Bau- und Immobilienwirtschaft stellen das eigentliche Problem dar. Durch die Ausschreibung eines Kopfgeldes zeigen die Polizeibehörden freilich einmal mehr, dass ihnen die „Anschläge“ nur als Vorwand für verschärfte Repression, Bespitzelung und Hetze dienen, dass sie als Erfüllungsgehilfen auf Seiten des Kapitals stehen.

Auch

wenn wir den Willen, etwas gegen die Verdrängung zu tun, berechtigt finden, so schaden individuelle „autonome“ Brandlegungen oder physische Angriffe auf Vertreter_Innen des Kapitals dem Widerstand gegen die neue Immobilienwirtschaft jedoch mehr, als dass sie ihm helfen. Sie bieten keine Perspektive und erweisen sich als politisch kontraproduktiv. Sie stoppen die Vorhaben nicht. Allenfalls verzögern sie einzelne Baumaßnahmen. So erklärte ein Verantwortlicher einer Immobilienfirma im MDR-Fernsehen, dass der Bau höchstens um ein paar Wochen verzögert wäre, wenn Bagger auf einer Baustelle brennen würden. Und ob Angriffe auf Mitarbeiter_Innen überhaupt irgendeinen Effekt auf die Bauzeit haben, sei dahingestellt.

Aktionen

wie der physische Angriff auf eine Mitarbeiterin einer Immobilienfirma dienen eher den Zwecken jener, die sich eine goldene Nase am Elend der Mieter_Innen verdienen. Sie tragen letztlich einen reaktionären Charakter. Für einen Großteil der Mieter_Innen führen solche Aktionen zur Abwendung von einer radikalen Perspektive für die Wohnungsfrage. Selbst jene, die es für sinnvoll halten, werden höchstens auf die nächsten geheimen Aktionen dieser anonymen autonomen Jedi-Ritter_Innen hoffen, als dass sie aktiv werden. Die individuelle Kleingruppenaktivität lässt also selbst

Sympathisierende als passive Zuschauer_Innen zurück, verkommt im Grunde zu einer Form von Stellvertreter_Innenpolitik.

Den

Zwecken des Wohnungsbaukapitals kommt das durchaus gelegen. Die Masse der Mieter_Innen wird verunsichert und von der notwendigen Organisierung eher abgeschreckt denn ermutigt. Dabei könnte nur eine Bewegung die Verdrängung stoppen, die sich auf breite Bündnisse, Mieter_Innenversammlungen und -komitees stützt und um konkrete politische Forderungen formiert – nicht nur in Connewitz, sondern in ganz Leipzig, ja bundesweit.

Der

Wohnungsmarkt selbst bildet schließlich einen Teil des kapitalistischen Gesamtsystems. Diesem droht die Krise, doch das Grundbedürfnis zu wohnen hat noch Potential für höhere Renditen. Gleichzeitig subventioniert der Staat Investitionen in Betongold massiv, ob über Baubezuschussung oder indirekt durch Wohngeld. Der Kampf der Mieter_Innen muss daher als Klassenkampf geführt werden. Die Bedürfnisse, zu wohnen und hieraus Gewinn zu schlagen, stehen einander entgegen. Und so werden es wohl kaum die sich abgrenzenden individuellen autonomen Gruppen sein, denn um die Gewinne am Wohnungsmarkt zu vereiteln und ausreichend leistbaren und hochwertigen Wohnraum schaffen zu können, braucht es definitiv mehr und mächtigere Aktivist_Innen.

Somit

brauchen wir eine antikapitalistische bundesweite Mieter_Innenbewegung. Hierfür brauchen wir eine Strategiekonferenz, in der wir offen um eine Perspektive der Mieter_Innenbewegung streiten und gemeinsam in Aktion treten. Eine erfolgreiche Bewegung braucht den Schulterschluss mit der Arbeiter_Innenbewegung. Wir müssen jede Mieterhöhung als Angriff auf unsere Löhne verstehen. Die Aufgabe von kämpfenden Arbeiter_Innen ist es hier, die Gewerkschaften und die Beschäftigten in der Branche (z. B. Bauarbeiter_Innen, Reinigungskräfte, Instandhaltung,

Hausmeister_Innen, ...) ins Boot zu holen.

Wir

müssen die Wohnungsfrage mit der Eigentumsfrage verbinden. Forderungen wie die entschädigungslose Enteignung der Immobilienkonzerne unter Kontrolle der Mieter_Innen und Beschäftigten sind hier ein Ansatzpunkt. Ein gutes Beispiel dafür ist die Berliner Initiative Deutsche Wohnen & Co. enteignen, welche durch ihre Aktionen das Konzept der Enteignung wieder in aller Munde gebracht hat. So muss nun beispielsweise auch die SPD einen mehr oder minder löchrigen Mietendeckel umsetzen. Aber die Organisierung gegen hohe Mieten und Luxus-Neubauten darf sich nicht nur grundsätzlich auf die Wohnungsfrage beziehen, sie muss erweitert werden auf alle Fragen, die das Leben in einer Stadt, also beispielsweise Kulturräume und öffentliche Verkehrsmittel, und generell den Kampf gegen den Kapitalismus, also Enteignung der Betriebe und demokratische Arbeiter_Innenkontrolle, betreffen. Daher fordern wir, die entschädigungslose Enteignung aller „Miethaie“ und die Kontrolle des Wohnraums unter Arbeiter_Innenkontrolle zu stellen, sowie einen massiven Ausbau von Sozialwohnungen und Infrastruktur in der Stadt, kostenlose öffentliche Nahverkehrsmittel und Kulturangebote für alle.

Ende Gelände - der militante Teil der Umweltbewegung?

Wilhelm Schulz/Martin Suchanek

Zwischen

Freitag, dem 29. November, und Sonntag, dem 1. Dezember 2019, fanden erneute Aktionstage des Bündnisses „Ende Gelände“ (EG) statt.

Diesmal führten sie ins Lausitzer Braunkohlerevier. An den vielfältigen Aktionen und Blockaden beteiligten sich rund 4.000 Menschen, denen es für einige Stunden gelang, in die Kohlegruben einzudringen, Bagger zu besetzen und Bahngleise zu blockieren. Der Abbau wurde so zeitweilig gestoppt oder wenigstens verringert.

Auf dieser symbolischen Ebene waren die Aktionen trotz massiver Hetze der regionalen und lokalen Medien, Politik, WirtschaftsvertreterInnen und auch der Gewerkschaften ein politischer Erfolg.

In den Kohlerevieren im Rheinland begrüßte, ja unterstützte die Mehrheit der Bevölkerung die Besetzung des Hambacher Forstes. Letztlich war es diese Bewegung, die sich immer wieder in Massendemonstrationen äußerte und eine zeitweilige Aussetzung der Rodung des „Hambi“ erzwang.

Vorfeld

Anders in der Lausitz. Die Mehrheit steht dort EG, wie allen anderen Kräften der Umweltbewegung, skeptisch bis offen feindlich gegenüber – was sich auch im Vorfeld auf verschiedene Weise äußerte.

Es ist kein Zufall, dass sich in der Lausitz mehr und mehr die AfD als angebliche Verteidigerin einer Heimat breitmacht, die von den Baggern abgetragen werden soll. In ihr und ihrem Umfeld tummeln sich offen Nazi und RassistInnen, die mit physischen Angriffen auf AktivistInnen von EG drohten und drohen.

Die Bilder und Postings von Bullen unter dem Motto „Stoppt Ende Gelände“ stießen nicht nur auf weitere Verbreitung unter Rechten und mediales Aufsehen. Sie verdeutlichen einmal mehr, wie verbreitet rechtes und rechtsradikales Gedankengut bei den „Sicherheitskräften“

nicht nur in Brandenburg und Sachsen sind.

Bei

den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen verbuchten zwar die Grünen den Einzug in die Koalitionsregierung mit CDU und SPD als „Erfolg“, der freilich auf Kosten der Bewegung erkaufte wurde.

Beide Landesregierungen sprachen sich klar und deutlich gegen EG aus.

Die Grünen distanzieren sich offen von ihren WählerInnen. Sie verteidigen den sog. „Kohlekompromiss“, der ein Ende der Kohleverstromung bis 2038 (!) vorsieht. An dem soll nicht gerüttelt werden – auch nicht von der einstigen WählerInnenschaft.

Von

der SPD erwartet in Brandenburg und Sachsen ohnedies niemand, dass sie sich mit Kapitalinteressen anlegt. In Cottbus einigte sich auch die „oppositionelle“ Linkspartei mit allen Fraktionen des Stadtparlaments (außer den Grünen) auf eine gemeinsame Entschließung. Am Mittwoch, den 27. November, votierten sie gemeinsam mit der AfD für ein Papier, das mit „Kohlekompromiss umsetzen, Meinungen respektieren, gewaltfrei debattieren“ überschrieben ist und die „Gewalt“ verurteilt, die von EG ausginge. Die nachträgliche Distanzierung von VertreterInnen der Brandenburger Linkspartei kann hier nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich ihre Cottbusser „GenossInnen“ mit dem Rechtspopulismus gemein machten.

Und

natürlich darf auch die kapitalhörige IG BCE nicht fehlen, wenn es darum geht, für den vermeintlich „eigenen“ Konzern die Kohlen nicht nur aus der Grube zu holen, sondern sich auch schon für deren Profite stark zu machen, so dass noch einige Jahre „Zusammenarbeit“ abfallen.

All

dieses zeigt, wie sehr sich reformistische und grüne Parteien, aber auch die Gewerkschaften dem Rechtsruck und „ihren“ Unternehmen

unterordnen und anpassen. Sie mögen damit hoffen, die Basis in der Bevölkerung nicht zu verlieren – in Wirklichkeit erreichen sie genau das nicht.

Eine

klassenpolitische Antwort müsste auf Forderungen wie die entschädigungslose Enteignung der Energiekonzerne, Umbau der Industrie unter ArbeiterInnenkontrolle, Aufteilung der Arbeit auf alle Hände durch radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich und ein Programm gesellschaftlich nützlicher Arbeiten, finanziert aus Profiten und Großvermögen, konzentrieren. So könnte auch eine Brücke zur Umweltbewegung, zu antikapitalistischen AktivistInnen von EG geschlagen und diese auch dafür gewonnen werden, in den ArbeiterInnen Verbündete zu sehen und nicht bloß passive Betroffene, denen auch bestenfalls geholfen werden soll.

Auch

wenn dieses Händeschütteln, ähnlich wie im Hambi, von beiden Seiten nicht stattfindet – all das verdeutlicht die qualitativ anderen Voraussetzungen des Protests in der Lausitz. Das spricht keineswegs gegen EG und andere Protestierende aus der Umweltbewegung. Der Kampf gegen die Klimakatastrophe sowie für das schnellstmögliche Ende der Braunkohleverstromung samt einer Energieproduktion, die sich auf fossile Träger stützt, muss auch dort thematisiert werden. Es war daher richtig, auch in der Lausitz ein Zeichen zu setzen und vor dem öffentlichen Druck, der Hetze und selbst physischen Drohungen Rechter nicht einzuknicken.

Vor

Ort

Als

REVOLUTION und ArbeiterInnenmacht entschieden wir uns, zu den Protesten zu mobilisieren. So nahmen GenossInnen aus Berlin, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen an den Aktionen teil. Hier

beteiligten wir uns vor allem an der von Fridays for Future und einigen NGOs ausgerufenen Demonstration in Jänschwalde. Ebenfalls schickten wir ein Kontingent von AktivistInnen zu den zentralen Protestaktionen von EG, somit in die Tagebaue.

Die

Blockadeaktionen von EG wurden aus drei Städten organisiert (Berlin, Dresden, Leipzig). Von hier aus sollten unterschiedliche Orte in und um die vier aktiven Braunkohleabbaugebiete im Revier organisiert werden. Neben den jeweils lokalen Fingern, die in verschiedene Unterstrukturen aufgeteilt waren, gab es auch einen inklusiven (bunten) und einen feministischen (lila) Finger. Kurz zuvor wurde ein weiterer Finger, die sogenannten AntiKohleKidz (Slogan „AKK positiv besetzen“), der sich scheinbar stärker aus SchülerInnen aus FFF zusammensetzte, ausgerufen. Dieser war rund um das Kraftwerk Jänschwalde aktiv. Allein der rote Finger aus Berlin, neben dem noch Teile von AKK, der bunte und der lila Finger anreisten, teilte sich in drei Teile auf.

Auch

die Polizei war vor Ort. Diese griff zwar vereinzelt AktivistInnen an – insgesamt war es jedoch leicht, an den PolizistInnen vorbei auf das Gelände zu kommen. Offenkundig wollten Landesregierungen und LEAG/MIBRAG Bilder prügelnder PolizistInnen und Massenfestnahmen vermeiden – und nahmen dafür einen kurzzeitigen Produktionsausfall und einen symbolischen Erfolg von EG in Kauf. So wurden insgesamt 29 Strafanzeigen gestellt. Auch versuchte die Polizei schnellstmöglich, Gewalt darstellende Bilder auf ihre Echtheit zu überprüfen. Was nicht bedeutet, dass unsere Delegation nicht eindeutig unterschiedliche Formen der Polizeigewalt vor Ort sehen und erleben musste.

Schwäche

Das

sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch einer

selbstkritischen Bilanz von EG selbst bedarf.

Anders

als bei den Aktionen im Rheinland und der letzten Besetzungsaktion in der Lausitz wurde diesmal kein Camp organisiert, von dem aus die Aktionen vorbereitet oder koordiniert wurden. Ein möglicher Grund dafür war jedoch nicht fehlende Logistik oder finanzielle Ressourcen, sondern scheinbar die Angst vor Nazis und noch schlimmer vor der lokalen Bevölkerung. Diese war deutlich auch bei der Aktion spürbar. So appellierten viele von EG bei der Abfahrt aus der Kohlegrube in den LEAG-Bussen (!) zum Bahnhof an die Polizei, dass diese DemonstrantInnen vor etwaigen rechten Übergriffen schützen müsse. Hier kippte der „staatskritische“ Protest in den Hilferuf an die Staatsgewalt um.

Dies

spiegelt das Fehlen einer politischen Konzeption, von Forderungen wider, wie die Beschäftigten und die Bevölkerung einer krisengeschüttelten, benachteiligten Region für einen gemeinsamen Kampf gewonnen werden können.

Ohne

eine solche Orientierung, die Klimaschutz und den Kampf für die Klasseninteressen der Beschäftigten zu verbinden versucht, müssen notwendigerweise alle Erklärungen an die Beschäftigten in der Kohleindustrie, an die lohnabhängige Bevölkerung, an Hartz-IV-EmpfängerInnen, ArmutsrenterInnen oder perspektivlose Jugendliche als rein moralisierende Kritik überkommen.

Eine

Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung, in der Interviews mit LEAG-Beschäftigten geführt wurden, zeigt eindrucksvoll auf, dass die Arbeiter_innen um ihre Jobs fürchten und sich vom Kohlekonzern und der Lokalpolitik gegen die Umweltbewegung in Stellung bringen lassen¹.

Mit Blick auf den aktuellen nationalistischen Freudentaumel der

30-Jahre Mauerfall Feierlichkeiten wird deutlich, dass sich die Beschäftigten noch gut an die massive De-Industrialisierung ihrer Region erinnern können. Es ist deshalb unsere Aufgabe, den Beschäftigten in der Braunkohle eine Perspektive aufzuzeigen, indem wir die soziale Frage fest in unsere Klimaforderungen integrieren. Unkonkrete Floskeln vom „sozialverträglichen Kohleausstieg“, wie sie bei EG üblich sind, werden da nicht ausreichen. Ebenso nicht der Verweis auf die weitaus schlimmeren Folgen des Klimawandels für Menschen im globalen Süden, verglichen mit den sozialen Folgen einer Schließung der Tagebauten für die Lausitzer_Innen².

EG

steht zwar – und darin unterscheidet es sich positiv von anderen Teilen der Umweltbewegung – für Antikapitalismus. Aber dieser scheint ohne Klassensubjekt auskommen zu wollen. Das drückt sich auch in der Aktionsform des zivilen Ungehorsams aus. Gegenüber Methoden Klassenkampfes wie zB. dem Streik stellt der zivile Ungehorsam keine Form der Selbstermächtigung dar, sondern verkörpert lediglich einen symbolischen Apell an den bürgerlichen Staat, dessen Existenz allgemein akzeptiert wird. Auch wenn von Massenblockaden die Rede ist, so wird sich der Aufbau der Bewegung als Addition von Individuen und Kleingruppen (Bezugsgruppen) vorgestellt. Es ist natürlich durchaus sinnvoll, sich in Aktionen in Bezugsgruppen aufzuteilen – aber eine Klassen- und damit eine Massenbewegung kann nie eine von Kleingruppen oder eine bloße Addition von Individuen sein. Sie stützt sich immer auch auf politische Organisationen, gewerkschaftliche oder soziale Massenorganisationen oder Kampforgane wie Räte, Aktionskomitees, die die Integration, Repräsentation und koordinierte Aktion großer Massen ermöglichen.

Ihre

Demokratie muss daher notwendigerweise eine sein, die sich auf Massenversammlungen, Entscheidungen, Wahl, Abwählbarkeit und Rechenschaftspflicht stützt.

Das

System der Bezugsgruppen, der Delegiertenplena wie der Pseudo-Klandestinität von EG hingegen entspricht nicht einer Massenbewegung, sondern einer größeren Ansammlung entschlossener EinzelaktivistInnen, wie es in radikaleren Formen des „zivilen Ungehorsams“ zum Ausdruck kommt. Aus dieser Perspektive erklärt sich auch, wieso eine derartige Geheimhaltungspolitik bezüglich der konkreten Blockadepunkte existierte. Diese sind, bis auf einen unbekannten Kreis, bis zur konkreten Blockadeaktion geheim geblieben. Eine Unterstützung dieser war nur für Anreisende aus den jeweiligen Städten möglich.

Perspektive der Bewegung

Die

Aktionen von EG, der Aktionswoche von XR wie auch die Streiks von Fridays for Future verdeutlichen die Notwendigkeit einer politischen und strategischen Diskussion in der Umweltbewegung. Gerade angesichts der kommenden Wirtschaftskrise erlangt die Verbindung von Klimaschutz, Antikapitalismus und ArbeiterInnenklasse gegen die Krise eine strategische Bedeutung. Gelingt der Schulterschluss in der gemeinsamen Aktion nicht, so droht die Umweltbewegung in eine Sackgasse zu geraten und die Kluft zwischen ihr und gewichtigen Teilen der Lohnabhängigen vertieft zu werden.

Zweifellos

bringen die Bündnisse und Bewegungen wie EG, FFF und XR dabei auch enorme Stärken ein, allen voran einen grenzübergreifenden Charakter. Es mangelt jedoch an verbindlicher globaler Vernetzung zum koordinierten Widerstand, der über einzelne Aktionstage hinausgeht. Zweitens muss die Klassenfrage mit der Umweltbewegung verbunden, genauer, der Kampf gegen die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit als integraler Teil des Klassenkampfes begriffen werden.

Um all dies zu leisten, benötigen wir ein Aktionsprogramm, das an Schulen und Unis, vor allem aber auch in Betrieben und das heißt auch in den Gewerkschaften verankert ist. Dafür müssen AntikapitalistInnen aktiv werden, dazu bedarf es Aktionskonferenzen und Foren des Austausches und Beschlussfassung, ähnlich den Sozialforen zu Beginn des Jahrhunderts. So kann die Bewegung gestärkt aus einer strategischen Diskussion hervorgehen.

Quellen:

1 Vgl. Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): *Nach der Kohle. Alternativen für einen Strukturwandel in der Lausitz*. Berlin 2019. [Online im Internet:] https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studien_4-19_Nach_der_Kohle.pdf

2 Vgl. *junge welt*, 29.11.19. [Online im Internet:] <https://www.jungewelt.de/artikel/367752.aktionen-f%C3%BCr-klimagerechtigkeit-es-gibt-nach-wie-vor-ein-gro%C3%9Fes-potential.html>

A la juventud revolucionaria de Chile!

Desde

hace varias semanas, ustedes están luchando decididamente contra la desigualdad social y la política neoliberal del gobierno de Piñera.

Comenzando con las protestas de los estudiantes contra los aumentos de las tarifas del metro, su oposición se ha extendido por todo el país a un levantamiento masivo de la clase obrera y jóvenes contra el gobierno. Vuestros llamamientos a la reversión de las reformas neoliberales de los últimos años, al fin de la austeridad y al derrocamiento del gobierno no sólo están justificados, sino que son un paso necesario en el camino hacia una sociedad liberada.

El

gobierno respondió imponiendo un estado de emergencia y desplegando las fuerzas armadas. Hemos oído que decenas de personas ya han sido asesinadas o secuestradas, cientos han resultado heridas y miles han sido detenidas. A pesar de esta brutal represión por parte del Estado, vuestra resistencia es ininterrumpida, lo admiramos profundamente. Los jóvenes siguen estando a la vanguardia de este movimiento. Ustedes no han retrocedido ni un centímetro, y esto ya ha dado sus frutos: Piñera se vio obligado a levantar el estado de emergencia y anunciar reformas sociales. Incluso si no se puede confiar en estos anuncios, demuestran que se siente acorralado. Esperamos que puedan sacar un nuevo valor de esto para continuar la lucha con mayor determinación.

Los

ataques neoliberales y la pobreza que en consecuencia se agudiza han sido una tradición en Chile desde los años setenta.

Se les impone una política de austeridad severa, sin tener en cuenta las pérdidas.

Las actuales medidas de austeridad están relacionadas con la crisis económica mundial de 2008, cuando los capitalistas trataron de externalizar los costos de la crisis, pero no pudieron resolver el problema real y ahora están tratando de escapar de una amenazante recesión

global. Una vez más, tratando de trasladar la carga a las espaldas de la clase obrera y la juventud. Los intentos de otros países latinoamericanos, como Venezuela, de resolver la crisis mediante una intervención estatal más fuerte en lugar de reformas neoliberales, se construyeron sobre arena, ya que representan un intento de reconciliar a las clases dentro del capitalismo en vez de

organizar a la clase obrera y a la juventud para aplastarlo.

Pero

su lucha, como nuestro movimiento climático en Alemania, es parte de una nueva ola de luchas de clases y levantamientos de masas

en América

Latina y en todo el mundo. Ya sea Chile, Ecuador, Cataluña, Hong Kong, Irak o Líbano. En todas partes la clase obrera se levanta contra los gobiernos neoliberales y de derecha. Oponemos resistencia internacional contra las consecuencias de la crisis y los planes de los capitalistas de hacer pagar nuestra clase por la crisis.

Así

como el capitalismo está en crisis a nivel mundial, también lo están los oprimidos en todo el mundo. Incluso si todavía es demasiado pronto para las clasificaciones generales, las luchas actuales representan un punto de inflexión y la posibilidad de un vuelco del equilibrio de poder, contra el avance de los gobiernos de derecha y neoliberales.

No

sólo en Chile, sino también en todos los demás países, los jóvenes están a la vanguardia de estas luchas y están más decididos a promover un futuro mejor. Consideramos que es una tarea central reunir las luchas de los jóvenes y obreras y obreros en todo el mundo. Por lo tanto, como organización juvenil, estamos comprometidos con el desarrollo de un internacional juvenil. Aunque los jóvenes por sí solos no puedan aplastar el capitalismo, es importante que se organicen de forma independiente. Los jóvenes necesitan una organización independiente, su propio programa político y deben poder tener su propia experiencia. Junto con ustedes y los jóvenes de todo el mundo, queremos construir una organización juvenil revolucionaria internacional.

El
futuro pertenece a los jóvenes. Juntos
podemos ganar un mundo. ¡Alta
solidaridad internacional! ¡Por la revolución mundial y el
comunismo!

Heraus in die Lausitz - Hinein in den antikapitalistischen Jugendblock!

Ende
November wollen wir das Lausitzer Braunkohlerevier blockieren und uns
dem
internationalen Streiktag anschließen! Gemeinsam mit euch wollen wir einen
antikapitalistischen Jugendblock rund um die Aktionen vom 29.11 bis 01.12
aufstellen. Aufbauend auf den Erfolgen des Global Strikes versuchen wir mit
diesem Aufruf die entschlossensten und linkesten Teile der Fridays for
Future-Bewegung zu bündeln und auch zusammen mit Aktivist_innen von
Ende
Gelände und Extinction Rebellion einen starken antikapitalistischen
Jugendblock
auf die Straße und in die Grube zu bringen.

Bei
allen großen Erfolgen, die die Umweltbewegung in den letzten Monaten
gefeiert
hat, fehlte meist eine politische Analyse der Grundlagen der Umweltkrise und
eine über kapitalistische Reformvorschläge (siehe zB. CO²-Steuer)
hinausgehende,

mutige Perspektive für die Bewegung. Diese wollen wir gemeinsam mit euch diskutieren, um sie am 29.11. auf den internationalen Streik und am 30.11. in die Lausitz zu tragen. Unser Antikapitalismus muss dabei eine internationalistische Ausrichtung haben. So solidarisieren wir uns nicht nur mit den internationalen Fridays for Future-Protesten sondern auch mit dem kurdischen Widerstand in Rojava. Wir verurteilen Erdogans Militäroffensive auf's Schärfste und fordern das ebenso von der gesamten Bewegung! Kriege sind für uns immer auch Kriege gegen Umwelt und Natur sowie Militär und Armeen weltweit zu den größten Klimakillern gehören. Es ist unsere Aufgabe am Klima-Aktionswochenende eine lautstrake Stimme der internationalen Solidarität und Klimagerechtigkeit darzustellen und nicht den brutalen Angriffskrieg gegen die demokratischen Autonomieregionen peinlich wegzuschweigen.

Es wird Zeit, dass wir als Antikapitalist_innen in der Fridyas for Future-Bewegung sichtbarer werden und aufhören uns zu verstecken. Die Angst davor, junge Aktivist_innen mit „zu radikalen Forderungen“ zu verschrecken, führt letztendlich dazu, die Bewegung den pro-kapitalistischen Kräften wie Grünen oder NGOs in die Arme zu treiben, welche sie früher oder später ausverkaufen und scheitern lassen werden. Fridays for Future befindet sich aktuell auf einem politischen Scheideweg, der entscheidend für die Zukunft der Bewegung sein wird. Es geht dabei um die Frage, wer die Kosten für die „Klimawende“ zahlt. Für uns als Antikapitalist_innen ist klar, dass es nicht wir Jugendliche, Lohnabhängige, Studierende und Schüler_innen sein dürfen, die durch Energiesteuern für die Klimakrise zahlen sollen, die die großen Konzerne und kapitalistischen Regierungen verbockt haben. Stattdessen wollen wir die Klimakiller selbst zur Kasse bitten!

Das

gilt insbesondere auch für den Braunkohleabbau, den wir in der Lausitz thematisieren wollen. Unser Jugendblock soll dort die ökologische mit der sozialen Frage verbinden und antikapitalistisch beantworten. Das heißt also für

einen schnellstmögliche Stilllegung der Tagebaue zu kämpfen aber gleichzeitig

auch zu fordern, dass keine_r der Arbeiter_innen seinen oder ihren Job verliert. Stattdessen brauchen wir neue grüne Arbeitsplätze und bezahlte Umschulungsmaßnahmen. Die Kohle dafür muss aus den Taschen derjenigen Konzerne

kommen, die jahrzehntelang mit der Verpestung unseres Klimas Profite gemacht haben.

Darüber

hinaus schlagen wir folgende Forderungen vor:

Ausbau

des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs, bezahlt aus den Profiten der großen Energie-, Flug- und Autokonzerne. Kostenlose Nutzung für Alle!

Entschädigungslose

Enteignung aller Klimakiller, wie beispielsweise aller deutschen Konzerne, die

an der Abholzung der Regenwälder oder den Erzminen verdienen! Die Gewinne

dieser Unternehmen müssen in die Entgiftung der Böden, dem Recyceln allen Plastiks, der Aufforstung der Wälder fließen!

Kein

Arbeitsplatz oder Lohnverlust. Schaffung ökologisch nachhaltiger Arbeitsplätze

und Umschulung bei weiterer Zahlung des ehemaligen Lohns.

Abschaffung

des Patentrechts. Öffnung aller Patente, um die Wissenschaft in den Dienst der
Rettung der Menschheit und nicht in den Dienst der Profitinteressen zu stellen.

Wir
lassen uns antikapitalistische Positionen nicht verbieten! Lasst uns
gemeinsam
alle linken Kräfte in der Klimabewegung bündeln und auf den internationalen
Streiks sowie in der Lausitz ein starkes Zeichen der internationalen
Solidarität setzen! We are unstoppable - Another world is possible!

„Schule ohne Rassismus“ - doch nicht so antirassistisch?

Resa Ludivine

An vielen deutschen Schulen hängt mittlerweile ein Schild mit der Aufschrift „Schule ohne Rassismus (SOR)- Schule mit Courage“, egal wie antirassistisch es innen drin abgeht.

Was Sache is?

Die Initiative ergreifen, Farbe bekennen- super Sache! Theoretisch. Mittlerweile gibt es 2.500 sog. Courage-Schulen in Deutschland.

Man unterschreibt einmal eine Liste, sucht ein_E Pat_In und macht einmal im Jahr einen Projekttag. Außerdem erhofft man sich ein „antirassistisches“ Image, nicht weil der Großteil hinter Idealen wie Gleichheit steht oder

Diskriminierung einfach scheiße findet, sondern weil niemand zugeben will das Diskriminierung wie Rassismus oder Sexismus allgegenwärtig sind und das auch an ihrer Schule gang und gebe ist.

Es ist also ein nettes Logo für die Schule, welches die Außenwirkung verbessert. Meint es die erste Generation vielleicht noch gut und will sich wirklich in dem Themenfeld engagieren, heißt das trotzdem noch lange nicht, dass sich alle Lehrer_Innen noch alle Schüler_Innen auch dahinter stellen. Und auch dem sind Grenzen in Form der SOR-Koordinierung gesetzt, die lieber Themen und Aktionsformen vorgeben, als Eigeninitiative unterstützen. Ganz nach dem Motto: im Bereich Schule kann es niemand geben der antirassistischer ist als sie. Sie versuchen den Maßstab zu setzen.

Die nachfolgenden Generationen, die damals nicht miterlebt haben wie 80% der Schule sich für das Label SOR ausgesprochen hat, haben es dann noch schwerer, wenn es überhaupt Menschen gibt, die sich für das Thema interessieren. Ebenso ist kritisch zu sehen, dass es oft eher eine Möglichkeit für die Lehrer_Innen ist, sich zu engagieren. Schüler_Innen bleiben eher außen vor und passiv. Zusätzlich sind Lehrer_Innen, zumindest in Berlin, zumeist auch nur Angestellte, sprich sie können in ihrem Engagement auch nur so weit gehen wie es die Schulleitung unterstützt, da sie sonst ihren Arbeitsplatz riskieren.

Insgesamt verschleiert es aber das Problem an vielen deutschen Schulen und das ist ein immanentes Problem. Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Behindertenfeindlichkeit usw. sind keine Probleme, die aus einem reinen rechtsextremen Weltbild entstehen, sondern überall. So auch an Schulen. Ein, oftmals auch noch von der Schulleitung, initiiertes Programm- in Form von SOR- wird dem auch keine Abhilfe schaffen. Nur fundierte Basisarbeit kann in der Schule dem entgegenreten. Denn es sind nicht nur Schüler_Innen, die Sprüche wie „Scheiß Schwuchtel“ raushauen, sondern auch Lehrer_Innen, die aufgrund rassistischer oder sexistischer Vorurteile Noten vergeben. Wie soll SOR dagegen etwas tun, wenn es doch nur eine von oben aufgezwungene und kontrollierte Form von Antidiskriminierung ist?

Was tun?

Baut unabhängige Basiskomitees an der Schule auf! Lehrer_Innen können hilfreich sein, aber die Arbeit vorort auch sehr hemmen. Daher ist eine unabhängige Arbeit wichtig. Außerdem bringt es viel mehr von Schüler_In zu Schüler_In das Thema anzugehen, Veranstaltungen oder Protest zu organisieren. Gerade wenn es Lehrer_Innen sind, die diskriminieren oder Rechtsextremismus verschweigen, um dem Ansehen der Schule nicht zu schaden. Dazu ist eine Debatte in der Schüler_Innenschaft viel lebendiger und nachhaltiger- mal ehrlich könnt ihr euch noch an all die „guten“ Ratschläge aus dem Ethikunterricht der 7. Klasse erinnern? Kontroverse Debatten und Aktionen von Schüler_Innen schaffen eine lebendige Diskussionskultur an der Schule zu schaffen und bringen inhaltlich viel mehr Input als irgendein Schild.

Die Bewegung XR (Extinction Rebellion) -Programm, Vorteile und Probleme

Sichtweise eines XR-Mitgliedes

Berlin in der Woche vom 07.10-12.10.2019. Ein Ausnahmezustand, etwa 2200 XR-Aktivist*innen blockieren die Stadt (siehe: Berliner Zeitung). Einige Tage liegen wichtige Verkehrsknotenpunkte, wie der große Stern an der Siegessäule oder der Potsdamer Platz, still.

Extinction Rebellion, die Rebellion gegen das Aussterben, sorgt seit einiger Zeit mit Aktionen zivilen Ungehorsams weltweit für Aufsehen. Dazu gehören Straßenblockaden und Swarmings (7-minütige Blockaden), sowie künstlerische Aktionen (z.B. Die-Ins (Todstellen)), als auch besonders

riskante Aktionen, wie die des Festkettens (Log-Ons), mit dem zentralen Ziel für Aufsehen zu sorgen und Verhaftungen zu provozieren. Gegründet wurde die Bewegung in Großbritannien, wo AktivistInnen bereits letztes Jahr die Stadt blockierten und die Regierung zum Ausrufen des Klimanotstandes zwingen konnten. Als Mitglied von Extinction Rebellion möchte ich die positiven Seiten der Bewegung beleuchten, aber auch auf mögliche Widersprüche und Probleme eingehen.

Die drei Forderungen von Extinction Rebellion

Die erste Forderung lautet: „Die Wahrheit sagen: Die Regierung muss die Wahrheit über die ökologische Krise offenlegen und die Dringlichkeit eines sofortigen Kurswechsels kommunizieren.“ Dieser Kurswechsel, der hier angesprochen wird, muss eine Abwendung von dem kapitalistischen, gewinnen-orientierten Streben nach immer mehr Wirtschaftswachstum sein. Doch da sich Extinction Rebellion nicht auf eine antikapitalistische Ansicht festlegen möchte, fragt man sich wie dieser Kurswechsel sonst aussehen sollte.

Die zweite Forderung meint: „Jetzt handeln: Die Regierung muss jetzt handeln, um das Artensterben zu stoppen und um die Treibhausgasemission bis zum Jahr 2025 auf Netto-Null zu senken“ Auch dies ist eine sehr wichtige Forderung. Trotzdem wäre es gut konkreter auf die Maßnahmen einzugehen, die die Regierung durchführen soll, um das Ziel zu erreichen.

Doch dies tut XR auch, in ihrer dritten Forderung: „Politik neu leben: Die Regierung muss eine BürgerInnen-Versammlung (mit aus der Bevölkerung gelosten Vertretern) einberufen, die die notwendigen Maßnahmen für Klimagerechtigkeit und gegen die ökologische Katastrophe erarbeitet, und sich verpflichten deren Beschlüsse umzusetzen.“ Dies ist meiner Meinung nach, die wichtigste Forderung, weil sie nicht nur auf das Aufhalten der Klimakatastrophe, sondern auch auf mehr direkte Demokratie anspielt. Daher ist es aber schwierig solch eine wichtige Aufgabe nur gelosten Vertretern aus der Bevölkerung zuzuschreiben, auch wenn man positiv erwähnen muss, dass diese aus unterschiedlichen Regionen und gesellschaftlichen Schichten ausgelost werden sollen. Ein weiteres Problem,

was bei XR nochmal zu Sprache kommen sollte, ist wie man sicherstellen will, dass die PolitikerInnen die Beschlüsse der BürgerInnen-Versammlung auch wirklich umsetzen, denn wie man am Pariser Klimaabkommen sieht, hält sich unsere Politik momentan noch nicht einmal an ihre eigenen Ziele.

Die Frage nach mehr sozialer Gerechtigkeit und wie man den Klimawandel sozial gerecht gestalten möchte wird jedoch bei den Forderungen größtenteils offengelassen.

Die positiven Seiten der Bewegung

Als ich neu bei XR war begeisterten mich vor allem die neuen, spannenderen Aktionen,- also die zivilen Ungehorsams-, die zur Beteiligung an den Schulstreiks von Fridays for future hinzukamen. Wichtig ist natürlich aber, dass die Streiks neben den Aktionen zivilen Ungehorsams ihre enorme Wichtigkeit nicht verlieren, denn sie treffen die Großkonzerne, die die Umwelt am meisten ausbeuten, am härtesten.

Auch mit dem Staat in direkte Konfrontation zu treten und dazu noch feste Forderungen zu haben, die die Rebellion bestimmen, fand ich von Anfang an äußerst wichtig. Hierbei ist es vor allem positiv zu erwähnen, dass klarere Forderungen, als zum Beispiel bei Fridays for future, aufgestellt wurden.

Extinction Rebellion hat eine stark wachsende Mitgliedszahl und konnte bereits sehr viele Menschen für die Rebellion gewinnen. So erreichte es die Bewegung weltweit aktive Mitglieder in über 50 Ländern auf sechs Kontinenten mit über 340 Ortsgruppen zu mobilisieren. Nach XR-Deutschland gibt es hier in etwa 5.500 Rebell_Innen in über 100 aktiven Ortsgruppen. (siehe MDR Sachsen, 8.10.2019) Das zeigt wie viele Menschen dieses Konzept auf der ganzen Welt und auch in Deutschland bereits begeistert hat.

Diese Tatsache liegt wahrscheinlich auch an der starken Unterstützung der Rebell_Innen untereinander und durch die OGN (Ortsgruppen). Es war für mich beispielsweise nicht schwer mich auf Aktionen vorzubereiten und ich musste keine Angst davor haben, denn das notwendige Vorwissen und alle Zweifel konnte ich in freiwilligen Aktionstrainings klären. Dort wurde auch

das Agieren in der Gruppe und Bezugsgruppen (für Aktionen) geübt, also der Zusammenhalt in der Gruppe gestärkt.

Weiterhin gefiel mir die konsequente Gleichberechtigung aller Mitglieder. Im Gegensatz zu Fridays for future, gibt es nicht ein Gremium, das für die Masse entscheidet. Jedes Mitglied kann sich am Entscheidungsprozess beteiligen. Auch wenn es einzelne Arbeitsgruppen gibt, wird am Ende alles Wichtige im Gesamtplenum abgestimmt und entschieden. So kann man von Anfang an Aktionen mitplanen und Entscheidungen treffen. Das liegt auch daran, dass alle Treffen öffentlich beworben werden (im Gegensatz zu denen von FFF).

Den schon zuvor erwähnten Arbeitsgruppen können Mitglieder frei je nach Können und Bestreben beitreten. Dabei wird nicht nur eine praktische Arbeitsteilung, nach z.B. Aktionsplanung, Medienplanung und Bildung (und weiteren Bereichen) vorgenommen, sondern auch dafür gesorgt, dass man seine Aktivitäten frei wählen kann. Das sorgt für Selbstbestimmtheit und Freiheit innerhalb einer Gruppe in der die Mitglieder gleichberechtigt agieren können.

Ein weiterer Punkt, der nicht außer Acht zu lassen ist, ist die finanzielle Unabhängigkeit von Extinction Rebellion, die dafür sorgt, dass die Bewegung nicht benutzt oder gekauft werden kann. Sie finanziert sich nicht über Mitgliedsbeiträge, sondern allein über Spenden. Das sorgt einerseits dafür, dass Mitglieder mit einem höheren Einkommen mehr zahlen können, ohne einen höheren Einfluss zu erlangen, was auch der Klasse der Lohnabhängigen eine Mitgliedschaft ermöglicht. Andererseits müssen so manche Aktionen von Rebellen aus eigener Tasche bezahlt werden.

Probleme im Aufbau von XR

Mit der Zeit fielen mir jedoch auch einige Probleme der Bewegung auf. Die Grundsätze des Programms beispielsweise wurden nur ein einziges Mal von den Aktivist_Innen in Großbritannien festgelegt. Sie sind nicht wandelbar und wurden nicht von der gesamten internationalen Organisation festgelegt, was vor allem mit der Dezentralität im Aufbau einhergeht. Diese sorgt auch für ein unterschiedliches Verständnis des Programms in den

unterschiedlichen Ländern, und sogar Städten. Die Grundsätze werden daher auch nach außen hin unterschiedlich vertreten, was für viele Meinungsverschiedenheiten und die Schwierigkeit als internationale bzw. nationale Bewegung aufzutreten, sorgt. Um dieses Problem zu beheben wären **folgende Veränderungen notwendig:**

- mehr nationale und internationale Vernetzung der Ortsgruppen
- Erarbeitung allgemeingültiger, internationaler Grundsätze, an der alle Mitglieder teilhaben können
- Wahl von Delegierten, die das Programm/ die Meinung ihrer OG (Ortsgruppe) auf Treffen auf nationaler und internationaler Ebene vertreten

Widersprüche in den allgemeinen Grundsätzen von Extinction Rebellion

„Bei uns kann man auch ein bisschen rassistisch und sexistisch sein“, meinte der XR-Gründer Roger Hallams. Ich bin sicher, die meisten Rebell_Innen sehen das anders. So ist die Akzeptanz aller Menschen, unabhängig von Religion, Herkunft, Aussehen, u. s. w., sowie die Vermeidung von Beleidigung und Ausgrenzung in den Grundsätzen festgeschrieben. Gleichzeitig sollen aber alle politischen Richtungen akzeptiert werden, was also auch rechte und fremdenfeindliche Positionen beinhalten kann. Hierbei wird der erste Widerspruch deutlich.

Ein weiterer Punkt ist die schon zuvor erwähnte Kritik am kapitalistischen System. Diese wird oft bei XR, mit dem Argument: “Wir sind nicht alle antikapitalistisch!“, abgetan. Und bei möglichen Diskussionen wird dann auf den Grundsatz der politisch neutralen Organisation verwiesen. Das ist in einer demokratischen Gruppe, in der der mit Abstand größte Teil antikapitalistisch denkt aber sehr problematisch. Indem man den Mitgliedern verbietet ihre Meinung öffentlich zu äußern, mag es auch sein um von der Presse nicht als linksradikal oder von vornerein negativ abgestempelt zu werden, schränkt man dennoch ihre Meinungsfreiheit ein und das ist ganz und gar undemokratisch. Außerdem ist die Zustimmung zur Profitmaximierung der Großkonzerne alles andere als hilfreich für die

Bekämpfung des Klimawandels. Es ist der zentrale Grund für die Klimaerwärmung, denn Umweltverschmutzung und Ausbeutung von Ressourcen werden vor allem dadurch verursacht. Die Kritik an der Politik reicht nicht aus. Es braucht diese Kritik am gesellschaftlichen System, dem Kapitalismus, in welchem die Macht bei den Konzernen liegt. Natürlich gibt es auch Gegenbeispiele, wie XR in Paris (Frankreich), welches mit mehreren hundert Menschen (unter anderem auch Aktivist_Innen der Gelbwestenbewegung) ein Einkaufszentrum, als Zeichen gegen den Kapitalismus, besetzte. Dieses Beispiel zeigt jedoch auch wieder die unterschiedliche Auffassung des Programms in den einzelnen Ländern und Regionen auf.

Mit dem Thema einhergehend ist auch die teilweise vorhandene Ablehnung der Kooperation mit anderen linken Gruppen. Natürlich gibt es dort oft Unterschiede in den Programmen, aber muss dort wirklich jeder Punkt übereinstimmen? Um so viele Menschen wie möglich gegen den Klimawandel zu mobilisieren, bedarf es Kooperation und Kompromissbereitschaft und nicht Ablehnung aufgrund (zum Teil nur kleiner) programmatischer Unterschiede und negativen Reaktionen durch die Presse. Diese Unterschiede kann man ja im gemeinsamen Kampf immer noch diskutieren und dabei vielleicht an der Praxis sehen, welche Konzepte sich als besser herausstellen.

Die grundsätzlichen Forderungen von XR weisen noch ein weiteres Problem auf. Extinction Rebellion möchte sich offiziell nur zu Themen, die den Klimawandel direkt betreffen positionieren. Es kommt also zu einer Nicht-Positionierung zu anderen außenpolitischen und internationalen, sowie teilweise sogar gesellschaftlichen Themen. So solidarisiert sich zum Beispiel XR Dresden nicht offiziell mit den Kurd_Innen in Rojava, weil dies nicht dem Grundthema entspreche. Weiterhin wird als Begründung angebracht, dass man nicht genügend Menschen erreichen und gegen den Klimawandel mobilisieren könne, wenn man sich bei diesen Themen festlege. Das ist ein großer Irrtum. Erstens die Tatsache, dass die Menschen in Rojava abgeschlachtet werden und Solidarisierung gegen einen Völkermord keineswegs den Grundsätzen widerspricht. Hinzu kommt die Forderung

nach mehr direkter Demokratie und der Grundsatz der Gleichberechtigung, die nur mit dem kurdischen System in Nordsyrien vereinbar sein können. Zweitens ergibt die Argumentation auch im Generellen keinen Sinn. Wie kann man politisch aktiv sein und etwas bewegen, wenn man keine klare Meinung zu politischen Themen hat? Eine politische Gruppe kann nicht zu jedem außenpolitischen Thema neutral sein! Abgesehen davon sorgt eine immer abweisende politische Haltung auch für Ablehnung in der Bevölkerung. Lässt sich gut an Fridays for future sehen, die sich mit den Kurd_Innen solidarisieren und trotzdem einen enormen Zulauf haben. (Auch wenn dieser gerade durch die Form des Streiks verstärkt wird.)

Auch die Gewaltfrage weist gewisse Probleme auf. XR lehnt Gewalt prinzipiell ab. Allerdings wird das Wort "Gewalt" und was es für die Organisation bedeutet, nicht klar definiert. So sehen manche Menschen sogar den zivilen Ungehorsam schon als Gewaltform an und das würde dem Grundsatz widersprechen. Auch wenn im Rebellionskontext steht, dass wichtig ist, was die Medien als Gewalt ansehen, ist diese Gewaltfrage nicht geklärt. So herrscht in den Medien doch eine sehr unterschiedliche Auffassung. Außerdem wird eine Rebellion gegen das System, wenn sie größeren Einfluss bekommen sollte, automatisch durch die Medien, geächtet werden. So sind auch nicht alle Rebell_Innen mit dem Gewaltkontext einverstanden, was gut an der Abspaltung der Gruppe zur sogenannten Heathrow-Pause deutlich wird. Dabei schlossen sich einige XR-RebellInnen zusammen um mit Spielzeugdrohnen den Londoner Flughafen Heathrow stillzulegen. (siehe Zeitung: der Freitag)

Nun noch zum Grundsatz des Verhaftens. Dieser ist gerade für benachteiligte Menschen, wie Personen mit unsicherem Aufenthaltsstatus, schwer durchsetzbar. Außerdem kann es auch vereinzelt zu Problemen bei den zukünftigen Jobs für SchülerInnen und Studierende kommen. Daher beteiligen sich bei XR auch viel weniger SchülerInnen, als beispielsweise bei Fridays for Future. Glücklicherweise gibt es allerdings auch immer weniger gefährliche Aktionen, wie die Die-ins, und Aufgaben in der Planung und Bildung.

Mein letzter Punkt ist die Kooperation mit der Polizei. So gaben in London

AktivistInnen vor der Aktion Daten der Blockierenden an die Polizei weiter, damit diese schneller verhaftet werden konnten. In Berlin applaudierten Rebell_Innen der Polizei nachdem sie weggetragen wurden und bedankten sich herzlich. Und das, obwohl diese Polizei nicht ganz legaler Weise (also ohne Zustimmung des Innenministeriums) in London ein Demonstrationsverbot gegen Extinction Rebellion ausrief und in Hamburg gewalttätige Schmerzgriffe gegen (zum Teil) Minderjährige AktivistInnen anwandte. Eine Gruppe, die mit illegalen Aktionen das System verändern will, kann sich nicht mit der Exekutive dieses Systems solidarisieren und dann darauf hoffen weniger Repressionen zu bekommen!

Daher fordern wir:

- Umformulierung des Programms um sexistische und rassistische Meinungen nicht zu tolerieren
- Mehr Freiheit der Mitglieder in antikapitalistischen Meinungen (denn sie dominieren die - Bewegung = Meinung der Masse)
- Akzeptanz antikapitalistischer Aktionen
- Kooperation mit anderen linken Gruppen (keine Ablehnung dieser aufgrund von kleinen programmatischen Unterschieden)
- Bessere Definition des Gewaltkontextes
- Keine Vergabe der Daten vor Aktionen an die Polizei, Sicherheit der AktivistInnen gewährleisten
- Bessere Einbindung von minderjährigen AktivistInnen und der Klasse der Lohnabhängigen (Arbeiter_Innenklasse) durch z.B. Kooperation mit Gewerkschaften und Organisationen von Streiks neben den Aktionen zivilen Ungehorsams

Bericht: Antirassistische Demonstrationen zum 5. Jahrestag von PEGIDA

Am 20.10. hat das völkisch-nationalistische, islamophobe Bündnis PEGIDA in Dresden eine Kundgebung zur „Feier“ ihres 5-jährigen Bestehens abgehalten. Es wurde im Vorhinein mit bis zu 7000 TeilnehmerInnen gerechnet. Tatsächlich beteiligten sich höchstens „nur“ 2000 Menschen an dem rassistischen Stelldichein. Auch dieses Jahr haben verschiedene Bündnisse und Organisationen, wie Herz statt Hetze, Dresden Nazifrei und Leipzig nimmt Platz zum Gegenprotest aufgerufen. Es gab insgesamt drei Demonstrationen, die allesamt zur zentralen Gegenkundgebung in Hör- und Sichtweite auf dem Neumarkt führten. An der Demonstration, die vom Hauptbahnhof aus losging, nahmen etwa bis zu 1000 Menschen teil. An der Demonstration am Bahnhof Neustadt beteiligten sich ca. 500 AntifaschistInnen. Die kleinste Gegendemonstration war die am Bahnhof Mitte. Hier beteiligten sich vor allem Gewerkschafter und Mitglieder der Parteien DIE LINKE, SPD und Grüne und ihrer Jugendorganisationen. Obwohl diese Demo es schaffte, im Aufruf den Kampf gegen Rassismus mit dem Kampf gegen Sozialabbau und Mietenwahnsinn zu verbinden, war diese wohl die kraftloseste, ja fast schon langweilig wirkende Aktion an diesem Tag. Hieran nahmen lediglich etwa 100 AktivistInnen teil, statt Parolen zu rufen wurde überwiegend lieber den poppigen Tracks, die vom Lauti aus schallten, gelauscht.

Auf dem Neumarkt standen schließlich den 2000 RassistInnen insgesamt gerade mal 1000 GegendemonstrantInnen gegenüber. Der längst vollzogene Schulterschluss zwischen PEGIDA, Identitäre Bewegung und AfD war auch hier wieder anhand der zahlreichen Fahnen der NeofaschistInnen mit dem schwarz-gelben Lambda-Symbol und der rechtspopulistischen „Alternative

für Deutschland“ klar erkennbar. Neben allerlei gewohnt rassistischen Inhalten, die in den Reden verbreitet wurden, gab es auch wieder einmal zwei Buttersäureanschläge, die in Form von kleinen Ampullen über den Sichtschutz der PEGIDA-Kundgebung auf den Protest in Hör- und Sichtweite geworfen wurden. Die fehlende Bereitschaft der Polizei vor Ort, den Angriffen tatsächlich nachzugehen und den mutmaßlichen Wiederholungstäter zu fassen (in den vergangenen Jahren wurden regelrecht ständig Buttersäureampullen auf die Gegendemos geworfen), zeigt sehr deutlich auf, dass wir uns im antirassistischen Kampf nicht auf den Staat und seine Institutionen verlassen dürfen. Wir müssen uns als Lohnabhängige und Jugendliche selbst organisieren und dürfen den antifaschistischen Selbstschutz nicht dem Zufall überlassen. Gegen Angriffe von RassistInnen und FaschistInnen werden uns der bürgerliche Staat und seine von Rechten durchsetzten Organe nicht helfen. Ganz im Gegenteil stehen diese zu Teilen der PEGIDA-Bewegung nachweislich sehr nahe und fassen in Dresden selbst Holocaust-LeugnerInnen mit Samthandschuhen an.

Um PEGIDA ein Ende und dem gesellschaftlichen Rechtsruck etwas entgegen zu setzen, reichen zaghafte Demonstrationen in Hör- und Sichtweite nicht aus. Hierfür braucht es eine Bewegung, die in der ArbeiterInnenklasse verankert ist und die Mitglieder ihrer Organisationen auf ihrer Seite weiß. Wir müssen eindeutig noch mehr werden, uns organisieren und entsprechende Strukturen aufbauen, um das Fundament für eine Bewegung zu errichten, die dem Rechtsruck tatsächlich etwas entgegensetzen kann. Wir als unabhängige, kommunistische Jugendorganisationen wollen auch weiterhin unseren Teil hierzu beitragen. Darum werde auch du bei uns aktiv!

Kampf dem Rassismus bedeutet Kampf dem Staat und Kapital! One Solution: Revolution!

#Berlinblockieren (XR) - ein Bericht von den Blockaden

#Berlinblockieren, unter diesem Slogan besetzen Aktivist_Innen der Kampagne Extinction Rebellion (XR) in den letzten Tagen Verkehrsknotenpunkte des Landes Berlin. Im Rahmen dessen fand gestern eine Blockade des Kurfürstendamms Ecke Joachimsthaler Straße statt. Unter dem Slogan „Shut Down KuDamm“ blockierten etwa 1.000 Menschen gestern die Kreuzung. Auch wir von REVOLUTION beteiligten uns an dieser Aktion, die von der XR Youth Berlin organisiert wurde.

Zu Beginn zogen sich die Aktionen etwas hin. Das lag daran, dass es im Vorfeld bei den Anmeldegesprächen scheinbar ein ungenauer Ort der Kundgebung verhandelt wurde. Dies ermöglichte es der Polizei uns auf dem Bürgersteig abzustellen, mit Hamburger Gittern zu ummauern und die Blockadeaktionen hinauszuzögern. Erst deutlich später gelangten Aktivist_Innen auf die Kreuzung und die Besetzung konnte stattfinden. Scheinbar befreit die integrative Politik von XR gegenüber der Polizei, diese nicht vor ihren Manövern. Leider konnten wir aufgrund dessen unsere mit der XR Youth abgesprochene Rede nicht halten, da die Bühne außerhalb der Blockade stand und wir es für falsch hielten, die Aktivist_Innen von der Straße weg zu holen, um sich mit unseren Inhalten auseinanderzusetzen.

Trotz der solidarischen Aufforderung in den Packlisten von XR, was auf eine solche Blockade mitzubringen sei, forderten die Ordner_Innen vor XR linke Kräfte auf, ihre Banner einzurollen. So geschehen gegenüber der Revolutionären Kommunistischen Manifest-Gruppe (Europa), mit der wir uns solidarisierten und mit den Ordner_Innen darüber stritten, warum wir diese politische Zensur ablehnen, uns ihr widersetzen. Sie verhindert nämlich eine offene Diskussion über die Perspektive der Klimabewegung. Sollte das politische Programm der Führung hierbei falsch sein und nicht zum Erfolg führen, dann verbrennen wir nicht nur eine ganze Generation neuer politischer Aktivist_Innen, sondern auch unsere natürliche

Lebensgrundlage. Sollte ihre Position richtig sein, dann sollte sie doch auch die offene Auseinandersetzung nicht scheuen. Selber eine Gruppe von PoC's (People of Color), die ein Transparent hatte, dass auf die ermordeten Klimaaktivist_Innen aus dem Globalen Süden hinwies, sollte versteckt werden. Hier bekommt der Slogan „Sagt die Wahrheit“ eine ganz andere Bedeutung.

Insgesamt häuft sich aktuell die Kritik in der Linken an der Bewegung. Auch wir haben vor Ort unter dem Slogan „Massenstreik oder ziviler Ungehorsam“ die Frage des Programms der Klimabewegung und der Taktik im

Kampf aufgeworfen und haben eine Kritik an der Bewegung in unserer aktuellen Zeitung

(<http://onesolutionrevolution.de/extinction-rebellion-ziviler-ungehorsam-als-antwort-auf-die-klimakrise/>).

Die Kritik an der Bewegung ist auch in weiten Teilen berechtigt, jedoch dürfen wir als Revolutionär_Innen nicht nur kritisierend daneben stehen, während die Bewegung Kreuzungen blockiert. Wir müssen den Protest solidarisch unterstützen und gleichzeitig offen unsere Kritik einbringen, notfalls auch gegen die Linie der Ordner_Innen. Dafür werden wir uns weiterhin einsetzen!

Fridays For Future: Stell dir vor, es ist Klimastreik und alle gehen hin

Wilhelm Schulz, Artikel zuerst erschienen auf arbeiterinnenmacht.de

Millionen

Der Auftakt der #WeekForFuture am 20. September war ein voller Erfolg. Schätzungsweise 4 Millionen Menschen aus 161 Staaten beteiligten sich an 5.800 Aktionen. Allein in Deutschland sind den VeranstalterInnen zufolge rund 1,4 Millionen Menschen auf den Beinen gewesen. In Australien waren es mindestens 300.000. In Kapstadt sollen es rund 2.000 AktivistInnen gewesen sein, in New York 250.000. In London sammelten sich etwa 100.000.

Auch am 27. September zum Abschluss der Aktionswoche konnten wir beeindruckende Menschenmassen sehen. Hier kam es laut VeranstalterInnen zu rund 6.000 Aktionen in 170 Staaten. Allein in Italien demonstrierten schätzungsweise eine Million Menschen, in Österreich rund 150.000, in Neuseeland 170.000, in Chile mehrere Zehntausend. Im kanadischen Montreal versammelten sich eine halbe Million Menschen.

Bereits im Vorfeld kam es zu einer erneuten Zunahme von Mobilisierungen der Klimabewegung. So fanden vom 13.-15. September in Frankfurt am Main Proteste gegen die Internationale Automobilausstellung (IAA) statt. Unter dem Titel „Sand im Getriebe“ mobilisierten hierzu unterschiedliche NGOs, die Grünen und die Linkspartei sowie Teile der radikalen Linken. Laut VeranstalterInnen nahmen rund 25.000 Menschen teil. Ebenso wie das restliche politische Programm der Bewegung schreckte auch der Protest hier vor der Eigentumsfrage und der Notwendigkeit der gesellschaftlichen Veränderung der Produktion, weg von der individuellen hin zur kollektiven Mobilität, zurück.

International handelt es sich bei der #WeekForFuture um die größte koordinierte Mobilisierung seit dem Irakkrieg. Hier gingen im Februar 2003 weltweit etwa 20 bis 30 Millionen Menschen auf die Straße. An dieser Stelle möchten wir betonen, dass sich an den Generalstreiks in Indien in den letzten Jahren mehrfach 150 bis 200 Millionen beteiligten, ein Aufgebot an Widerstand, zu dem die Bewegung den Schulterschluss suchen muss.

Momentan verfügt sie jedoch vor allem in den imperialistischen Nationen

über Schlagkraft. So gingen beispielsweise am 20.9. in Thailand etwa 250 Menschen und in Afghanistan rund 100 auf die Straße. Hier bildet Brasilien eine gewisse Vorbildfunktion. Dort besteht nicht nur mit den Bränden im Amazonas eine Dringlichkeit, sondern schon seit Monaten existiert eine Massenbewegung gegen das Regime Bolsonaros, der nicht nur auf der Ebene des Umweltschutzes einen Generalangriff fährt. Hier sehen wir eine Verbindung mit den Kämpfen der Landlosen, der indigenen Bevölkerung und den kämpfenden Beschäftigten.

Dabei sind es momentan vor allem die halbkolonialen Länder, die mit den Folgen der systematischen Umweltzerstörung leben müssen. So erleben wir gerade massive Proteste in Indonesien, u. a. gegen die massiven Brandrodungen der Regenwälder, die Verschärfungen des Strafrechts und die Zunahme giftigen Smogs. Hier produziert beispielsweise der deutsche Konzern HeidelbergCement. Nach der Zerschlagung der Proteste und dem Klimapaket der Bundesregierung, welches den CO₂-Ausstoß bei der Zementproduktion mit keinem Cent besteuert, steigt die Aktie des Konzerns wieder kräftig. Hier müssen InternationalistInnen im Kampf ansetzen.

Wer kämpft?

In erster Linie haben wir es hier mit einer Massenbewegung von SchülerInnen zu tun. Jedoch handelt es sich dabei nicht um eine sozial einheitliche Gruppe, sondern eine gemäß der Klassenherkunft ihrer Familie differenzierte. Die Gruppen, die das Außenbild der Bewegung prägen, sind vor allem sozial besser gestellte Jugendliche, die aus der lohnabhängigen Mittelschicht, dem BildungsbürgerInnentum, dem KleinbürgerInnentum oder der ArbeiterInnenaristokratie stammen. Aus diesen beiden Faktoren entsteht ein Spannungsverhältnis. Die soziale Vorherrschaft von Mittelschichten und KleinbürgerInnentum drückt sich ideologisch auch im Programm, in den Zielsetzungen und im Bewusstsein der Bewegung aus.

Hieraus folgt für RevolutionärInnen, dass wir nicht einfach nur die Bewegung aufbauen, sondern auch für einen proletarischen Klassenstandpunkt kämpfen müssen.

Welche Hürden überwinden?

Auf der einen Seite kämpft die gesamte Bewegung dafür, die Regierung zum Einlenken in der Klimafrage zu bewegen. Sie will von der herrschende Klasse und dem Kapital Maßnahmen erzwingen und die bürgerliche Politik selbst entlarven. Sie hegt reale Illusionen darin, dass die Bundesregierung bzw. die auf dem UN-Gipfel versammelten Staats- und RegierungschefInnen von einer „vernünftigen“, im Interesse aller Klassen liegenden Klimapolitik überzeugt werden könnten.

So ist der wohl kämpferischste Auszug aus der Rede von Greta Thunberg vor dem UN-Klimagipfel folgender: *„Ihr sagt, dass Ihr uns ‚hört‘ und dass Ihr die Dringlichkeit versteht. Aber egal wie traurig und wütend ich bin, will ich das nicht glauben. Wenn Ihr die Situation wirklich verstehen würdet und uns immer noch im Stich lassen würdet, dann wärt Ihr grausam und das weigere ich mich zu glauben.“* (The Guardian, 23. September 2019)

Er verdeutlicht sinnbildlich die Widersprüche der Bewegung. Zum einen klagt Thunberg die Herrschenden offen für ihre Weigerung zu handeln, für ihre hohle „Klimapolitik“ an. Zum anderen weigert sie sich verbittert, aber auch umso sturer zu akzeptieren, dass diese tatsächlich auf der anderen Seite stehen.

Hartnäckig stellt sie das Problem so dar, als ginge es darum, dass „die Politik“ dessen Dringlichkeit endlich richtig verstehen müsse. Ansonsten wäre sie nämlich „grausam“. Letztlich präsentiert sie also die Frage rein moralisch. Die Regierenden müssten nur richtig zuhören, die Lage akzeptieren, wie sie ist – und alsdann handeln.

Der systemische Charakter des Kapitalismus fällt vollkommen aus dem Blickfeld. Die objektiven Klasseninteressen, die den FunktionsträgerInnen des Kapitals in den Konzernen wie in den bürgerlichen staatlichen Institutionen vermittelt über die Konkurrenz bestimmtes Handeln ganz unabhängig vom Bewusstsein oder der Vernunft des Einzelnen aufzwingen, werden erst gar nicht zur Kenntnis genommen.

Daher auch der beeindruckende moralische Impetus der Rede von Thunberg

einerseits, der andererseits eine hoffungslose und ohnmächtige Perspektive entspricht – der ständig wiederholte Appell an die Mächtigen der Welt, doch endlich ihr Herz und Hirn zu gebrauchen und die Menschen nicht weiter im Stich zu lassen.

In Wirklichkeit zwingt die kapitalistische Produktionsform samt ihrer freien Konkurrenz die einzelnen ProduzentInnen, ohne Rücksicht auf ihren Ressourcenverbrauch oder ihre Abfallerzeugung zu wirtschaften, da sie sonst verdrängt werden könnten. Nachhaltigkeit ist für sie in erster Linie ein Kostenfaktor, der ihre Profite nicht weiter schmälern soll. Wir müssen die Unvereinbarkeit von Nachhaltigkeit und kapitalistischer Produktion verdeutlichen.

Generalstreik und Klassenfrage

Mit dem Aufruf zum 20. und 27. September hatte die Bewegung einen Schritt vorwärts gemacht, insofern sie zu einem globalen Generalstreik aufrief. Allerdings wurde und wird darunter nicht eine kollektive, organisierte Arbeitsniederlegung der Lohnabhängigen und ihrer Gewerkschaften verstanden, sondern eher eine individuelle Entscheidung einer/s Einzelnen. Wer – ob nun während der Arbeitszeit oder am arbeitsfreien Tag – zur Demonstration kommt, „streikt“. Es streiken Beschäftigte ebenso wie Unternehmen, die, ob aus Solidarität oder Werbebezwecken, ihr Geschäft für einen Tag oder einige Stunden schließen.

Auch das entspricht der vorherrschenden kleinbürgerlichen Ideologie der Bewegung. Diese kommt umgekehrt auch den Gewerkschaftsführungen gelegen, die einen politischen Streik, also eine echte Konfrontation mit Kapital und Kabinett fürchten wie der Teufel das Weihwasser. Die Führung der Bewegung wiederum will – insbesondere hier in Deutschland – den Gewerkschaftsapparat nicht verschrecken und lehnte daher mehrheitlich ab, die Generalstreiksforderung an die Organisationen zu richten, die ihn durchführen hätten können. Diese riefen nicht zum Streik, sondern höchstens zum Ausstempeln auf.

Dies erleichterte es zugleich einer Reihe von Parteien und Unternehmen,

Greenwashing zu betreiben, während der Kampf beim reinen Protest stehenbleiben muss. Allein in Deutschland erklärten sich 2.800 Unternehmen solidarisch.

Hieraus folgt, dass die ArbeiterInnen zumeist aus „Nettigkeit“ ihrer Unternehmen an diesem Tag demonstrieren konnten. In Berlin und New York wurde weiten Teilen der öffentlichen Beschäftigten an diesem Tag freigegeben, was die Größe der Demonstrationen erklärt.

Heute erscheint vielen in der Bewegung dieser klassenübergreifende Charakter der Proteste, der Aktionen und ihrer Ziele als Stärke. In Wirklichkeit besteht darin ihre größte Schwäche.

Antikapitalismus

Deshalb müssen wir uns als AntikapitalistInnen in den Protesten für eine offene Debatte um die Perspektive des Kampfes gegen den Klimawandel einsetzen. Er kann nur erfolgreich sein, wenn er die Eigentumsfrage ins Zentrum rückt. Ohne entschädigungslose Enteignung der großen Konzerne, ohne Kontrolle über Forschung und Wissenschaft durch die ArbeiterInnenklasse und die Masse der Unterdrückten sind effektive Klimaschutzmaßnahmen unmöglich, da diese vor allem eine Veränderung der Produktion, die ökologische Nachhaltigkeit mit der Befriedung der Bedürfnisse der großen Masse der Menschheit verbindet, erfordern.

Die notwendigen Maßnahmen zur Reduktion der Emissionen und zur Umstellung der Ökonomie sind undenkbar ohne einen international koordinierten Plan, sozialistischen Umbau der Wirtschaft. Bauen wir daher gemeinsam einen revolutionären, klassenkämpferischen Pol in der Bewegung auf!

Der Kampf fürs Klima muss antikapitalistisch sein!

Dass unser aktuelles kapitalistisches Wirtschaftssystem und die Rettung des Klimas nicht miteinander funktionieren können, lässt sich in vielen Bereichen erkennen. Die Wichtigsten werden im Folgenden dargestellt:

Was ist die Aufgabe der Produktion und welche Rolle spiele ich selbst dabei?

Natürlich ist es die Aufgabe einer jeden einzelnen Person, ihren Beitrag zu Rettung des Klimas zu leisten. Die entscheidende Frage dabei lautet allerdings: Wie viel kann man alleine ausrichten? Heutzutage werden uns allerlei „Möglichkeiten“ geboten, unseren ökologischen Fußabdruck zu verbessern. Meist handelt es hierbei jedoch um „Möglichkeiten“, die für die meisten – gerade Arbeiter_Innen – keine finanzierbaren Alternativen darstellen. Zwar gibt es mittlerweile Bio-Supermärkte an jeder Ecke und vermehrt sogenannte „Unverpackt“-Läden, allerdings auch nur mittelgroßen bis großen Städten. Diese liegen jedoch nur im Budget der oberen Schichten. Zusätzlich erfordert das regelmäßige bzw. ausschließliche Konsumieren solcher nachhaltigen Waren einen enormen Zeitaufwand. Als vollzeitarbeitende, alleinerziehende Person ist es somit mehr als verständlich, erforderliche Lebensmittel etc. im Discounter um die Ecke zu erwerben. Ferner stellt unser individueller Konsum sowieso auch nur einen ziemlich unbedeutenden Teil der globalen Treibhausgasemissionen dar, verglichen mit dem, was die großen Konzerne ausstoßen.

Auch das Leben in sogenannten „Öko-Kommunen“ stellt keine für die Allgemeinheit umsetzbare Alternative dar. Das grundlegende Problem liegt darin, dass es sich hierbei um ein individuelles Prinzip handelt, dessen globale Umsetzung utopisch ist, besonders weil dies nur für Menschen aus privilegierten Gesellschaften möglich ist und diese auf eine umliegende kapitalistische Produktion angewiesen sind.

Liegt also das Hauptproblem in der Produktion? Der Kapitalismus

„funktioniert“ nur durch stetiges Wachstum. In der Konkurrenz müssen sich die Kontrahent_Innen permanent ausstechen, wer durch die stärkere Produktion mehr Marktanteile hat und dadurch mehr Profite einfährt. Die daraus resultierende Überproduktion hat natürlich auch fatale Auswirkungen auf die Umwelt. Es wird heute schon genug produziert, doch die Wirtschaft wächst immer weiter, während die Ungerechtigkeit der Verteilung die Befriedigung der Bedürfnisse aller verhindert, indem wir hier mit Angeboten überflutet werden und dort nicht alle Menschen satt werden. Natürlich könnte man dem durch sinnvollere, demokratische Ressourcenverteilung entgegenwirken, das bringt dann aber keine Profite mehr. Zudem sind diejenigen, die unsere Ressourcen am meisten verschwenden diejenigen, die zumeist selbst noch am wenigsten vom Klimawandel betroffen sind – die Bourgeoisie! Während vor allem die Bäuer_Innen in manchen Halbkolonien durch die enormen Klimaschäden kaum bis gar keine Ernte mehr erhalten, können die Reichen wegziehen oder sich durch z.B. stabile und klimatisierte Häuser das Leben angenehm machen. Somit liegt das eigentliche Problem darin, dass die Produktion im Kapitalismus nicht demokratisch organisiert und an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet ist. Stattdessen zeigt im Kapitalismus erst im Nachhinein die Nachfrage auf dem Markt, ob es überhaupt sinnvoll war, diese und jene Ware herzustellen.

Die Verkehrsfrage

Eine der größten Umweltbelastungen neben der Industrie stellt das Verkehrswesen dar. Durch die Privatisierung der Bahn und die generellen Kosten für die Infrastruktur des Schienenverkehrs ist diese – gerade für etwas längere Strecken – kaum mehr bezahlbar. Dadurch profitieren natürlich die sogenannten „Billigflieger“, die durch geringe Steuern und dem kostenlosen Himmel deutlich günstiger kommen. Wenn ein Bahnticket das achtfache wie ein Flug kostet, ist es heutzutage eben üblich, dass man mal schnell von Berlin nach Köln fliegt. So entstehen weitere durchaus vermeidbare Belastungen für die Umwelt.

Abgesehen davon kommt es durch immer weiter ansteigende Preise für öffentliche Nahverkehrsmittel und teilweise sehr schlecht ausgebauten Verkehrsnetzen – gerade in ländlichen Regionen – zu immer mehr

Individualverkehr, der wiederum die Feinstaubbelastung erhöht. Durch sinnvolle Investitionen und vor allem durch kostenlosen Nahverkehr ließe sich dieses Problem ebenfalls stark verringern. Das müsste durch starke Besteuerung der Reichen geschehen und das würde der mächtigen Autoindustrie den heimischen Markt abgraben. Diese Schwächung des Wirtschaftsstandorts Deutschland wird die Politik wohl kaum riskieren – auch wenn es sich hierbei um ein wesentliches Problem in der Klimafrage handelt.

Internationales Klima

Der Klimawandel ist kein nationales Problem einzelner Länder. Selbstverständlich gibt es Angelegenheiten – beispielsweise der Nahverkehr – , welche sich nur auf lokaler bzw. regionaler Ebene regeln lassen. Dennoch sollte gerade Deutschland als eine der größten Exportnationen mehr Verantwortung übernehmen. Statt selbst vor der eigenen Haustür zu kehren, schieben Deutschland, aber auch andere große Exportnationen und Industrieländer den ärmeren Ländern die Schuld zu. Das Gemeine daran ist, dass ein großer Teil der umweltschädlichen Produktion in diesen Halbkolonien (wie bspw. Stahl, Textil- oder Sojaproduktion) selbst aus den imperialistischen Ländern dahin ausgelagert wurde und die größten Profite aus dieser Industrie auch nach wie vor in die Taschen der großen Monopolkonzerne fließen. Was fehlt, ist die Einsicht, dass die Rettung des Klimas nur auf internationaler Ebene stattfinden kann. Einem koordinierten internationalen Vorgehen steht dabei das globalisierte, auf Konkurrenz ausgerichtete Wirtschaftssystem entgegen, das einen Kampf gegeneinander erzeugt, wo eigentlich Zusammenarbeit nötig wäre.

Welche Alternativen gibt es?

Statt einzusehen, dass die kapitalistische Produktionsweise den Planeten zerstört, wird von der Bourgeoisie händeringend nach Alternativen innerhalb des Systems gesucht. Eines der neusten Projekte stellt dabei der sogenannte „Green New Deal“ dar. Das Grundkonzept existiert bereits seit 10 Jahren und zielt darauf ab, durch Reformen, Umverteilung und Investitionen eine gerechtere und grünere Gesellschaft zu erreichen, ohne jedoch das Privateigentum an Produktionsmitteln anzurühren. Seit diesem Jahre wird

die Idee vom „grünen Kapitalismus“ immer populärer. Zur Europawahl startete z. B. DiEM25 (Democracy in Europe Movement 2025) eine reformistische Bewegung zur Verwirklichung dieses Konzepts. Mit der Unterstützung einiger Europaabgeordneter, vor allem der Grünen, wurden bereits eine Erklärung und 10 Säulen als programmatische Basis formuliert. Diese 10 Säulen beinhalten beispielsweise den Umbau von Kohlekraftwerken aber auch den Ausbau von Eisenbahnstrecken. Auch wenn der „Green New Deal“ Nachhaltigkeit und die Rettung des Klimas propagiert, werden Kompromisse mit Kapital und Profiten gemacht, die für unsere Misere verantwortlich sind. Konzepte wie der „Bio-Diesel“ zeigen zum Beispiel, wie „grüne“ kapitalistische Maßnahmen dazu führen, dass man in Deutschland zwar ökologisch tanken kann aber in Brasilien der Regenwald für diese Plantagen abgeholzt wird. Der Green New Deal stellt also keine Alternative dar und geht auf Kosten der Armen!

Was wir brauchen, ist keine weitere Kontroverse in diesem System, das bereits so viel Schaden angerichtet hat. Was wir wirklich brauchen, ist eine grundlegende Veränderung, eine neue Wirtschaftsordnung – die demokratische Planwirtschaft. Im Gegensatz zu einem kapitalistischen System werden in der demokratischen Planwirtschaft die Ressourcen nach Bedürfnissen verteilt – nicht nach Kapital. Dadurch und durch die planvolle Einteilung unserer Umweltbelastung werden die Ressourcen nachhaltig genutzt. Demokratische Planwirtschaft heißt in diesem Falle nicht eine scheindemokratische Wirtschaft, in der eigentlich ein bürokratisches Oberkommando à la UdSSR die Entscheidungen „im Namen der Arbeiterklasse“ trifft. Demokratische Planwirtschaft bedeutet, dass die Arbeiter_Innen selbst Ausschüsse wählen, die die Entscheidungen in der Produktion treffen.

Somit ist es unsere Aufgabe, für ein nachhaltiges und gerechtes System zu kämpfen, indem wir uns der aktuellen Ordnung widersetzen. Erst auf diese Art und Weise ist es möglich, den Planeten zu retten!